

zung zugestellt. Die Rechtsauskunft lautete günstig für die Gemeinde. Da die Quellen und das Reservoir nicht auf Grundeigentum der Brunnengenossen lägen, könnten diese nichts machen, selbst wenn sie das Wasser infolge von Grabungen verlieren würden. Die Gemeinde müsse keinerlei Rechtsansprüche anerkennen, sondern vielmehr bei der Regierung darauf bestehen, dass sie die Bewilligung zur Anlage der Wasserversorgung erhalte. Nach Erteilung der Bewilligung solle sie sofort mit dem Bau beginnen.

Die Auswirkungen des Altabach-Brands

Wohl unter dem Eindruck des verheerenden Brandunglücks vom 20. Oktober 1907, dem mehrere Häuser im Altabach zum Opfer fielen, wurde auf Sonntag, 24. November 1907, 13 Uhr, erneut eine Gemeindeversammlung zur Frage einer allgemeinen Wasserversorgung einberufen. Anwesend waren "149 stimmberechtigte Bürger bzw. Einwohner von Vaduz". Landesverweser In der Maur hielt eine Ansprache. Er empfahl "mit warmen Worten eine neue zweckent-

sprechende Wasserversorgung und Hydrantenanlage" und stellte gleichzeitig "einen schönen Beitrag von Seite des Landesfürsten" in Aussicht.

Auch Vorsteher Adolf Real forderte dazu auf, die Wasserversorgungsfrage endlich zu lösen. Das letzte Brandunglück im Altabach sei der beste Beweis für die Notwendigkeit einer richtigen Wasserversorgung und Hydrantenanlage für ein "Dorf, das dem Föhnwind derart ausgesetzt ist, wie Vaduz". Er wolle niemandem einen Vorwurf machen, der gegen das letzte Projekt "gearbeitet" habe. "Nach längerer lebhafter Besprechung pro und contra" lehnten die Stimmbürger Reals ersten Vorschlag zwar ab. Danach wäre der verstärkte Gemeinderat berechtigt worden, eine Wasserversorgung projektieren und erstellen zu lassen, ohne nochmals an die Gemeindeversammlung zu gelangen. Mit 146 gegen 3 Stimmen beauftragte die Versammlung hingegen den gewählten Rat, "einige (2 bis 3) Projekte auszuarbeiten und "der Gemeinde (versammlung) vorzulegen". Diese sollte dann verpflichtet sein, eines der vorgelegten Projekte anzunehmen und ausführen zu lassen. Zur Vorberatung der Angelegenheit wurde wieder ein verstärkter Gemeinderat gewählt.

